

„Übertriebener Status“

Craig Calhoun, Direktor der London School of Economics, kritisiert das Standesbewusstsein deutscher Hochschullehrer und plädiert für Studiengebühren.

handlungen in Berlin waren ihm in den vergangenen Wochen wichtiger als das Regieren der Heimat.

Manfred Miosga, Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth, traut Söder zu, dass er den wichtigen Breitbandausbau in Bayern durchsetzt. Er mahnt aber auch, dass der Minister „nicht nur symbolkräftige, sondern auch ehrliche“ Unterstützung bieten müsse, etwa bei der Umsetzung von „Schrumpfungstrategien“ für Regionen, die besonders zahlreich Einwohner verlieren.

Der Leerstand von Häusern und Wohnungen werde an den Rändern Bayerns problematische Formen annehmen, warnt Miosga. Der demografische Effekt nach der Devise „Wenige werden noch weniger“ sei trotz schnellen Internets, Unternehmensansiedlungen, Fachkräftenwerbung und Imagekampagnen nur schwer umkehrbar. Die baulichen „Zahnlücken“ in vielen nord- und ostbayerischen Städten sorgten dafür, dass auch die übrigen Wohnungen an Wert verlieren könnten. Immobilienbesitz wandle sich „von der Altersabsicherung zur Kostenfalle“.

In Selb fehlt sogar das Geld für den Abrissbagger. Zu gern würde Bürgermeister Ulrich Pötzsch die leere Hutchenreuther-Fabrik am Ortseingang dem Erdboden gleichmachen. Eine Million Euro müsste er dafür aus der Stadtkasse bezahlen, doch die ist leer. „Wir wollen gar nicht im Luxus leben“, sagt Pötzsch. „Wir brauchen schlicht mehr Geld, um unsere Hausaufgaben machen zu können.“

Mehr Geld – diesen Wunsch wird Markus Söder kaum erfüllen können. Schließlich ist er im Nebenjob Finanzminister, und als solcher brüstet er sich damit, die Schulden des Freistaats abzubauen. Dass das auf Kosten der Gemeindefinanzen passieren könnte, befürchtet nicht nur die Opposition im Landtag.

CSU-Bürgermeister Christoph Hammer aus Dinkelsbühl im Westen Bayerns, an der Grenze zu Baden-Württemberg, wünscht sich zwei Millionen Euro für neue Straßen. Auch in dem rund 12.000 Einwohner großen Fachwerkstädtchen könnte Heimat sehr schön sein. Über dem Eingang zum Hotel „Goldene Kanne“ hängt eine goldene Kanne, über der Tür zum Gasthof „Goldener Hirsch“ thront ein goldener Hirsch.

Doch Hammer klagt: „Wir liegen im toten Winkel. Wir werden durch die Fliehkräfte der Metropolen rauskatapultiert.“ 80 Prozent der Abiturienten verlassen die Stadt, weder Fachhochschulen noch Arbeitsplätze bei Behörden halten sie davon ab. Selbst der Orden der „Armen Schulschwester von Unserer Lieben Frau“ hat sein Kloster in Dinkelsbühl aufgegeben.

Die Nonnen sind im Juni fortgezogen. Nach München.

ANNA KISTNER

Calhoun, 61, leitet die London School of Economics and Political Science (LSE). Die weltweit führende Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hat rund 9500 Studenten, darunter mehr als 400 deutsche. Der US-amerikanische Soziologe lehrt regelmäßig an der LSE, sowie an der Technischen Universität München und der Humboldt-Universität Berlin.

SPIEGEL: Sie stehen einer Bildungseinrichtung vor, um die viele Studenten, Professoren und Hochschulpolitiker Großbritannien beneiden. Was können deutsche Universitäten von der LSE lernen?

Calhoun: Wir waren es, die von Deutschland gelernt haben, nämlich die Einheit von Forschung und Lehre. Aus ihr folgt etwa, dass Wissenschaft vor allem an Universitäten stattfinden sollte. Und dass auch Nobelpreisträger den Kontakt zu ihren Studenten nicht verlieren sollten. Allerdings ist dieses Ideal, das ja einst Wilhelm von Humboldt formulierte, in der Bundesrepublik etwas aus dem Blick geraten.

SPIEGEL: Wodurch?

Calhoun: Die deutsche Wissenschaftspolitik hat die Forschung aus den Universitäten weitgehend ausgelagert. Spitzenwissenschaftler arbeiten an Max-Planck-Instituten und ähnlichen Einrichtungen, wo sie zwar exzellente Bedingungen vorfinden, aber fast nie einen Studenten zu Gesicht bekommen. Outsourcing ist der eine Feind von Spitzen-Unis. Der andere heißt: Hierarchie – zwischen Professoren

und Studenten oder Professoren und ihren Mitarbeitern.

SPIEGEL: Aber dieses Machtgefälle gibt es doch an jeder Universität der Welt!

Calhoun: Den übertriebenen Status des Herrn Professor Doktor nach deutschem Vorbild kennen wir in Großbritannien so nicht. Hochschullehrer fühlen sich stärker dem verpflichtet, was ihre Studenten lernen wollen. Der persönliche Kontakt und die Interaktion zählen sehr viel, nicht der Professor auf der Bühne.

SPIEGEL: Jetzt tun Sie den Kollegen unrecht, die kommen vor lauter Klausurkorrekturen gar nicht auf die Bühne.

Calhoun: Deutschland hat phantastische Professoren, und gerade die besten von ihnen gehen gern nach dem Seminar noch etwas mit ihrem Kurs trinken. Ich will sagen: Der informelle Austausch ist im deutschen Hochschulsystem einfach nicht so angelegt, er hängt zu stark vom persönlichen Engagement der einzelnen Professoren ab.

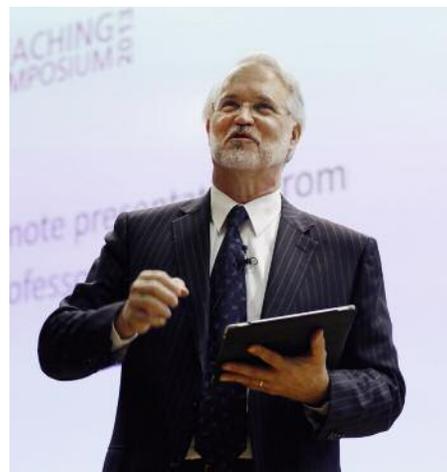
SPIEGEL: Wie lässt sich das ändern?

Calhoun: Der wissenschaftliche Nachwuchs ist zu lange abhängig von den betreuenden Professoren. Ein „assistant professor“ in Großbritannien oder den USA versteht sich nicht als Assistent von jemandem, er hat nur einen formal niedrigeren Rang innerhalb der Fakultät. Das ist keine Feudalbeziehung. Ich finde es fraglich, wenn ein Land die Kreativität seiner 28-Jährigen dem Stolz seiner 60-Jährigen opfert.

SPIEGEL: Die USA und Großbritannien dienen in der deutschen Bildungsdiskussion häufig als Vorbild, nicht nur hinsichtlich der Karrierewege in der Wissenschaft. Mit Recht?

Calhoun: Beide Länder sind Deutschland in der Spitzenforschung an Universitäten voraus. Doch der Vorsprung hat seinen Preis: Ungleichheit. Die herausragenden Wissenschaftler konzentrieren sich an einigen Unis wie beispielsweise Harvard, Stanford, Oxford, Cambridge, der LSE. Deren Abstand zu weniger gut ausgestatteten Hochschulen ist gewaltig. Die Bundesrepublik hatte bisher eine recht ausgeglichene Uni-Landschaft, nach der Exzellenzinitiative wird die Spannweite größer. Das hat seine Risiken.

SPIEGEL: Wie lässt sich verhindern, dass einige Unis absacken?



NIGEL STEDIO / LSE

Soziologe Calhoun
„Kein Geld von Diktatoren“



MARCUS KAUFHOLD

Heidelberger Studenten im Labor: „Die Unis geben die Rechnung an den Steuerzahler weiter“

Calhoun: Durch öffentliche und private Investitionen, denn Qualität kostet. Die Regierungen sollten sich vor Augen halten, dass Hochschulen einen Profit für die Allgemeinheit abwerfen. Nicht nur indem Forscher Therapien für Krankheiten entdecken oder Patente anmelden. Auch die Geistes- und Sozialwissenschaften haben ihre Funktion, indem sie den Bürgern komplexe Vorgänge veranschaulichen. Deshalb sollte es ausreichend Staatsgeld für Universitäten geben.

SPIEGEL: Und zusätzlich Studiengebühren?

Calhoun: Ja, sie erinnern uns daran, dass wir unseren Studenten eine gute Dienstleistung anbieten müssen. Aber sie sollten sich in bezahlbarer Höhe bewegen und durch Stipendien und Nachlässe für ärmere Studenten abgedeckt werden. An der LSE kostet das Studium Geld, aber es ist nicht übertrieben teuer, insbesondere im internationalen Vergleich.

SPIEGEL: Wie viel kostet es?

Calhoun: Wir dürfen bis zu 9000 Pfund pro Studienjahr verlangen, rund 10 700 Euro. An renommierten US-Universitäten sind es um die 50 000 Dollar pro Jahr, also rund 36 000 Euro.

SPIEGEL: In Deutschland kostet das Erststudium nichts.

Calhoun: Das ist nett für die Studenten, es kann sich aber negativ auf die Qualität auswirken. Und die andere Frage ist: Ist es fair? Die Universitäten geben die Rechnung an den Steuerzahler weiter. Belastet werden alle, auch diejenigen Bürger, die ihre Kinder nicht zum Studieren schicken. Deshalb sollte man sich fragen, ob sich nicht diejenigen, die einen

Nutzen aus ihrem Studium ziehen, beteiligen sollten. Das Geld muss ja irgendwoher kommen.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger trat zurück, nachdem die LSE Geld vom Gaddafi-Regime in Libyen angenommen hatte. In Deutschland stehen einige Hochschulen in der Kritik, weil sie Forschung vom US-Militär bezahlen ließen. Wo liegen die Grenzen solcher Fremdfinanzierung?

Calhoun: Wir sollten kein Geld von Diktatoren oder Drogenhändlern annehmen, das ist klar. Universitäten sollten sich nach zusätzlichen Geldquellen umschauen, aber diese Quellen sorgfältig auswählen.

SPIEGEL: Nehmen Sie Geld von der Finanzindustrie?

Calhoun: Ja, genauso wie von Unternehmen aus anderen Branchen. Nur darf es die Unabhängigkeit der Forschung nicht unterminieren. Wenn eine Investmentbank Stipendien für unsere Studenten finanziert, ist das willkommen. Wenn sie uns Geld geben will, damit wir erforschen, wie sie Regulierungen für Finanzprodukte umgehen kann, dann ist das ein illegitimes Forschungsthema.

SPIEGEL: Wie praxisnah sollte ein Hochschulstudium sein?

Calhoun: Mir liegt der Bezug zum echten Leben und zu den großen Fragen unserer Zeit sehr am Herzen. An der LSE sind Studenten aus 150 Staaten eingeschrieben, da geht es naturgemäß viel um Themen wie Migration oder die globalen Finanzströme. Solche Themen lassen sich in internationalen Großstädten wie London oder Berlin natürlich leichter fassen. Passgenaues Wissen für den Beruf ver-

mitteln wir bevorzugt in speziellen Master-Programmen.

SPIEGEL: In Deutschland wird diskutiert, ob das Studium nach der Umstellung auf Bachelor und Master nun zu kurz dauert. In welchem Alter sollten junge Akademiker in den Beruf gehen?

Calhoun: Darauf gibt es keine allgemeingültige Antwort. Ich glaube nur, dass Großbritannien für Studenten, die nach dem Bachelor Berufserfahrung gesammelt haben, bessere Master-Studiengänge anbietet als Deutschland. Hier können Hochschulabsolventen nach ein paar Jahren in der Arbeitswelt noch einmal zurück an die Uni kommen – wenn sie genau wissen, was sie interessiert.

SPIEGEL: Wie gut haben die deutschen Hochschulen die Umstellung auf die angelsächsischen Abschlüsse Bachelor und Master bewerkstelligt?

Calhoun: Mein Eindruck ist, dass Deutschland hier scharf die Richtung gewechselt hat. Früher verblieben die Studenten lange an der Hochschule, nun sind sie schnell mit dem Studium fertig. Die deutschen Hochschulen sollten nicht von einem Extrem zum anderen übergehen. In Großbritannien dürfen Bachelor-Studien auch länger dauern als drei Jahre.

SPIEGEL: Dafür ist das Promotionsstudium hierzulande sehr beliebt, rund 200 000 Studenten sitzen an einer Doktorarbeit.

Calhoun: Ja, da geht es wieder um Prestige, das im deutschen System so viel zählt. Ich bezweifle, dass eine Promotion für diejenigen sinnvoll ist, die gar keine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen wollen.

INTERVIEW: JAN FRIEDMANN